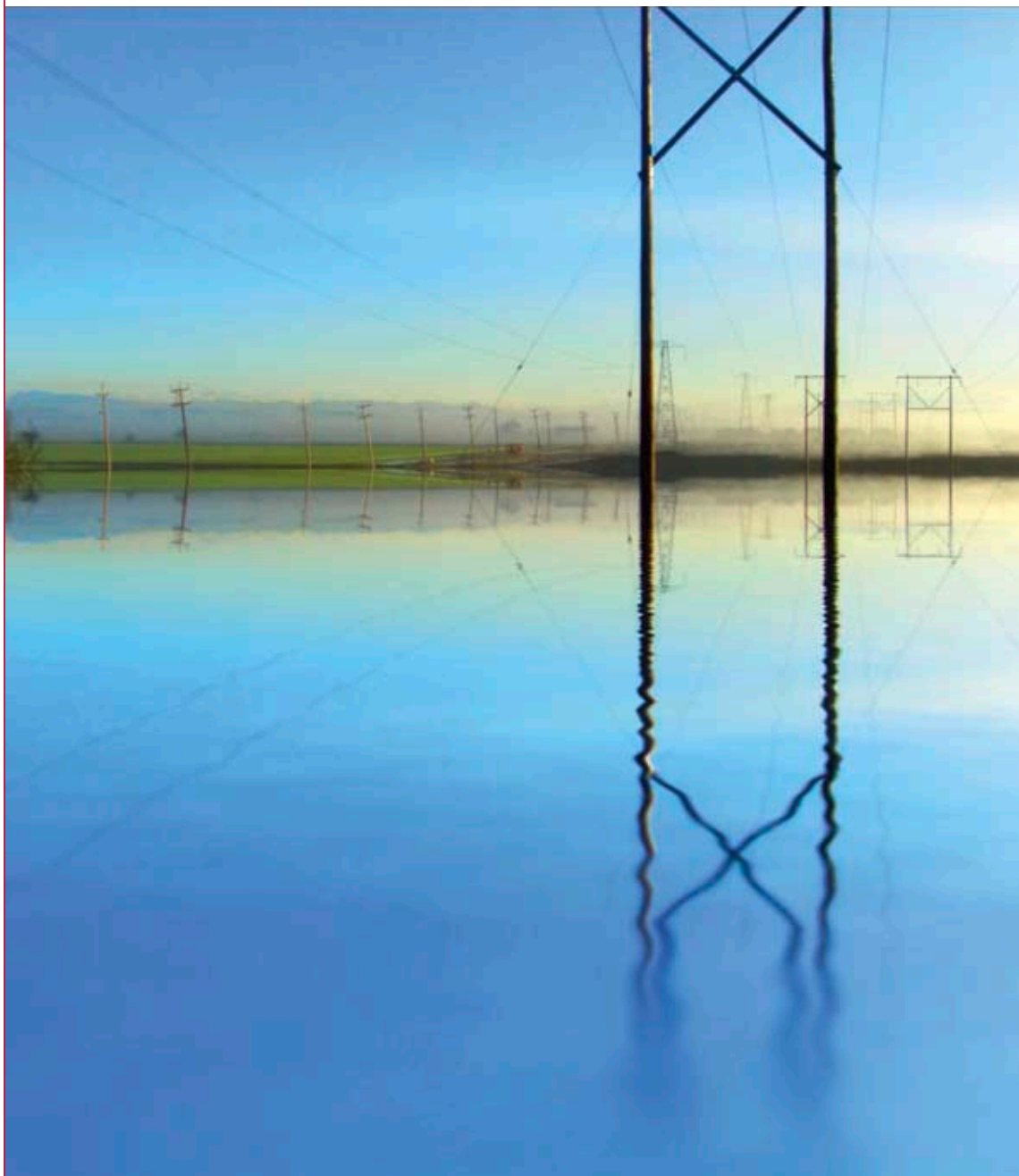


Ein Dossier von „Brot für die Welt“ und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)  
in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Zukunftsfähigkeit im Nord-Süd-Dialog

„Nachhaltige Entwicklung und Globale Gerechtigkeit“,  
Internationale Konferenz, 27. - 29. April 2009, Berlin



Zukunftsfähige Entwicklung – mehr  
als ein Schimmer am Horizont?

Foto: Evan Leeson



**Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel**  
ist Direktorin von „Brot für die Welt“.



**Dr. Claudia Warning**  
ist Vorstand Internationale Programme des  
Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED).

„Nachhaltige Entwicklung und Globale Gerechtigkeit“ – unter diesem Titel veranstalteten „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) im Frühjahr 2009 eine gemeinsame Partnerkonsultation. Die Konferenz war der Einstieg in einen strukturierten Dialog der beiden evangelischen Hilfswerke mit ihren Partnerorganisationen über die in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ aufgeworfenen Fragen.

Das Ziel der Konsultation bestand darin, auf die Empfehlungen der Partner zu hören. Dabei ging es zum einen um die Frage, was hier im Norden und besonders in Deutschland dringend getan werden muss, um nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit zu fördern. Zum anderen wollten die beiden Hilfswerke aber auch etwas darüber lernen, welche Schritte von den Partnerorganisationen im Hinblick auf diese beiden Ziele bereits unternommen werden. Denn für viele Menschen im Süden ist der Mangel an Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit ein sehr viel drängenderes Problem als in Deutschland. Die Vielzahl aktueller, miteinander verschränkter globaler Krisen, vom Ende des billigen Erdöls bis zum Klimawandel, vom Zusammenbruch des Finanzsystems bis zur Hungerkrise, hat den Themen Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit in jüngster Zeit erneut Nachdruck verliehen. Das Gespräch mit den Partnern lieferte Stoff und Argumente für die weitere Arbeit mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft in Deutschland und Europa.

Neben der Diskussion über die Ergebnisse und Empfehlungen der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ war die Veranstaltung eine Gelegenheit, sich mit und unter den Partnerorganisationen über Erwartungen, Meinungen und Ideen auszutauschen. Die während der Konsultation gewonnenen Erkenntnisse machen wir hiermit auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und hoffen, damit einen weiteren Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte zu geben.

Cornelia Füllkrug-Weitzel  
Claudia Warning

- 3 Einführung**
- 4 Nachhaltigkeit: „Viele Definitionen, aber wenig Umsetzung“**
- 6 Unterschiedliche Welten, eng verbunden**
- 8 Gemeinsame Basis**
- 10 Reform des Kapitalismus?**
- 12 Krise als Chance**
- 14 Rückgewinnung der politischen Räume**
- 16 Die Rolle der Zivilgesellschaft**
- 18 Nachhaltiger „Süden“ – das Beispiel Brasilien**
- 20 Konferenz-Programm**
- 22 Liste der Teilnehmenden**
- 23 Kurzprofile**

# Zukunftsfähigkeit im Nord-Süd-Dialog

„Nachhaltige Entwicklung und Globale Gerechtigkeit“ – Internationale Konferenz, April 2009, Berlin

Foto: Johanna Laible / EED



## Ein Bericht von Uwe Hoering

Wenn sich Entwicklungsorganisationen mit Partnerorganisationen treffen, geht es meist um Projekte, um Bestandsaufnahmen, gelegentlich auch um Beziehungsprobleme. Ganz anders bei einer Konferenz Ende April in Berlin. Sie schuf einen Rahmen, in dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Leitungen der beiden evangelischen Entwicklungsorganisationen und des BUND zusammenkamen mit Vertreterinnen und Vertretern von Kirchen, Zivilgesellschaft, Regierung und von Organisationen aus 18 Ländern – von Brasilien bis China, von Georgien bis Südafrika.

Es war eine Gelegenheit, sich sehr grundlegend über Erwartungen, Auffassungen und Ideen über nachhaltige Entwicklung auszutauschen, vorwärts weisende Strategien zu erkunden, über die Rolle von Zivilgesellschaft und Kirchen nachzudenken und sich über die Schritte auf dem weiteren Weg klar zu werden – eine Gelegenheit zur umfassenden Reflexion.

Als Hintergrundfolie diente die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, die 2007 vom EED, „Brot für die Welt“ und dem Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in Auftrag gegeben und im Oktober 2008 veröffentlicht worden war.

Nachdenken und Austausch: Das Gespräch mit den Partnern lieferte Argumente für die weitere Arbeit mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft.



Brot für die Welt, BUND, EED (Hg.)  
**Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt**  
 Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte  
 Fischer Taschenbuch Verlag,  
 660 Seiten, 14,95 Euro

## Nachhaltigkeit: „Viele Definitionen, aber wenig Umsetzung“

*„Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Kaum ein Unternehmen, das nicht einen Umwelt- oder Nachhaltigkeitsbericht heraus gibt. Die Bundesregierung hat eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, die Vereinten Nationen eine Dekade ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ ausgerufen. Auch das öffentliche Bewusstsein hat sich geändert: Al Gore gewinnt gemeinsam mit dem UN-Klimarat den Friedensnobelpreis. Der Umsatz von fair gehandelten Waren und Bioprodukten steigt, ebenso der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromproduktion. Kurz: Nachhaltigkeit ist angesagt.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel – Eine Zusammenfassung der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, Herausgeber: Brot für die Welt, BUND, EED, April 2009

Was ist Nachhaltigkeit? In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat es weltweit Definitionsversuche und häufig auch Kontroversen darüber gegeben, was darunter zu verstehen sei. Bei der Konferenz in Berlin wurden mindestens vier verschiedene Lesarten angeboten, die sich auf verschiedene Ausgangssituationen bezogen. Es gab einige Überschneidungen, doch wurden auch unterschiedliche Aspekte betont.

Tilman Santarius, Mitautor der Studie, erinnerte daran, dass das moderne oder westliche Konzept von Nachhaltigkeit auf deutsche Forstwirte im 18. Jahrhundert zurückgeht. Sie stellten fest, dass Bäume nachgepflanzt werden müssen, damit die Wälder nicht verschwinden. Anlässlich der UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung (UNCED)

Foto: Johanna Laible / EED



1992 in Rio de Janeiro wurde dieser Umweltaspekt um die Bereiche Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit erweitert. Seither bildet dieses Dreieck das vorherrschende Paradigma für die meisten Politiker, die Medien und die breite Öffentlichkeit.

Joji Carino, Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education: „Die Art und Weise, wie wir die Welt verstehen, und noch wichtiger die Art und Weise, wie wir in ihr leben, hat große Bedeutung dafür, wie wir unsere Beziehung mit dieser Erde gestalten.“

## Welches Wachstum?

Ähnlich wie „Nachhaltigkeit“ bietet auch das Stichwort „Wachstum“ einen beliebten Tummelplatz für ausufernde Debatten, semantische Differenzierungen und Missverständnisse. Über welche Art von Wachstum reden wir?

Geht es um quantitatives Wirtschaftswachstum, wie im Bruttonationalprodukt abgebildet, das von vielen als Zaubermittel für Probleme von Arbeitslosigkeit bis Umweltzerstörung, von Armut bis Verteilungungerechtigkeit betrachtet wird? Geht es um „qualitatives Wachstum“? Gibt es ein „nachhaltiges Wachstum“? Ist Wachstum generell positiv oder sollte es – und kann es – auf „gute“ Bereiche wie erneuerbare Energien, Glück und Wohlbefinden oder auf „unterentwickelte“ Länder beschränkt werden?

Gibt es tatsächlich ein „negatives Wachstum“? Ist ein Abschied von ständigem Wachstumsstreben und so etwas wie „De-growth“ möglich, wie es von der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ gefordert wird, auch wenn es zum Beispiel für einen Teilnehmer aus Mazedonien „eher beängstigend klingt“? Und was ist mit ungeplantem und chaotischem „De-growth“ wie in der gegenwärtigen Krise, in der die Wachstumsraten einbrechen? Ist das eine Katastrophe oder ist es gut für die Nachhaltigkeit, weil der Ressourcenverbrauch und die Preise sinken? | |

Erde gingen zurück auf eine jahrhundertelange Verbundenheit mit ihren Lebensräumen. Sie hätten ein umfangreiches Wissen über diese Ökosysteme und damit über die Vermeidung von und Anpassung an Probleme wie Verschmutzung, Industrialisierung und jetzt des Klimawandels. Nachhaltigkeit müsse einhergehen mit der Selbstbestimmung indigener Völker und der Respektierung ihrer Rechte durch Regierungen. Die indigenen Völker müssten wieder in den Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen gestellt werden.

### Reflektierte Konzepte statt gedankenloser Begriffsverwendung

Solche reflektierten Nachhaltigkeitskonzepte unterscheiden sich grundlegend von der oft scheinbar gedankenlosen Verwendung des Begriffs „Nachhaltigkeit“. In vielen Fällen wird darunter lediglich „Dauer“, „Bestän-

Für Iara Pietrikowski aus Brasilien hat das Nachhaltigkeitskonzept seinen Ursprung ebenfalls im 18. Jahrhundert. Sie sieht ihn jedoch in der Formulierung der Menschenrechte. Mit der Zeit wurde das Konzept immer vielschichtiger und umfasst heute nicht nur bürgerliche, sondern auch politische und sexuelle Rechte. Auch die Rechte ethnischer Gemeinschaften, der Natur und der Umwelt, letztere vor allem eingebracht durch indigene Völker, sind aufgenommen worden. Die Grundlage von Nachhaltigkeit seien Menschenrechte und deren Bedeutung für den politischen Bereich. „Ohne die Menschenrechtsperspektive würden selbst in einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft Ungleichheit von Geschlecht, Rasse, Ethnien oder sexueller Orientierung andauern.“

### Ein Stuhl mit vier Beinen

In einer dritten Definition verglich Charlene Hewat aus Simbabwe Nachhaltigkeit mit einem Stuhl, der nur auf vier Beinen fest steht. Neben wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten gehöre dazu auch die Frage politischer Macht. Diese Art von Nachhaltigkeit werde am ehesten durch die Zusammenarbeit mit Gemeinschaften erreicht. Man müsse ihnen zuhören, von ihnen lernen, „und sie lieben“. Dann würden sie am Ende sagen: „Das haben wir selbst erreicht.“ Die Einbeziehung der Gemeinschaft und der lokalen Autoritäten, einschließlich der Dorfschefs, verschaffe diese erforderliche politische Unterstützung und Nachhaltigkeit.

Joji Carino von den Philippinen schließlich ging von einer kulturellen Sichtweise aus, die zu einem vielfältigen Verständnis von Nachhaltigkeit führt. „Die Art und Weise, wie wir die Welt verstehen, und noch wichtiger die Art und Weise, wie wir in ihr leben, hat große Bedeutung dafür, wie wir unsere Beziehung mit dieser Erde gestalten.“ Das moderne oder westliche Verständnis von Nachhaltigkeit sei relativ jung und das Ergebnis einer bestimmten Kultur industrialisierter Gesellschaften. Die Kultur der indigenen Völker dagegen und ihre Sichtweise der

digkeit“ oder „Ernsthaftigkeit“ verstanden. Besonders die Politik mag diese Bedeutung, die den Begriff völlig sinnentleert. Offensichtlich ist die Frage, wer Nachhaltigkeit wie definiert, entscheidend für Strategien und politische Maßnahmen, wie das jeweils darunter verstandene erreicht werden soll. Solche Klärungen sind daher wichtig, nicht nur als Grundlage für eine Verständigung, sondern auch für den Entwurf von Visionen, Strategien und Aktivitäten: Welche Bereiche sollen nachhaltig werden? Besteht möglicherweise ein grundlegender Gegensatz zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung, so dass eine „nachhaltige Entwicklung“ ein Widerspruch in sich ist? Und gibt es überhaupt ein ernsthaftes Interesse, Nachhaltigkeit zu erreichen, oder handelt es sich meist nur um Lippenbekenntnisse?

Dementsprechend wies Wolfgang Sachs, Hauptautor der Studie, darauf hin, dass Sprache ein Bestandteil des Machtsystems sei. Durch sie würden Auffassungen und Lösungen definiert. Ein wichtiger Aspekt des Strebens nach Nachhaltigkeit sei deshalb, die Macht über die Sprache zurückzugewinnen. Die Studie soll dazu einen Beitrag leisten, indem die Begrifflichkeiten und die Bedingungen von Nachhaltigkeit geklärt werden. Allerdings: So wichtig die Debatte über Definitionen sein mag, letztlich wird deutlich, dass sie nicht die zentrale Herausforderung darstellt. In einem der Diskussionsbeiträge wurde daran erinnert, dass es „zahlreiche Definitionen von Nachhaltigkeit gibt, aber wenig Umsetzung“. | |

Sofern nicht anders angegeben, stammen alle Zitate in diesem und den folgenden Kapiteln aus Beiträgen und Diskussionen während der Konferenz.

# Unterschiedliche Welten, eng verbunden

*„Deutschland ist nicht nur ein prominenter Akteur in der Weltwirtschaft, sondern als ‚Exportweltmeister‘ auch ein Gewinner der Globalisierung. Durch den wachsenden deutschen Außenhandel erfolgt auch eine Verschiebung von Umweltbelastungen ins Ausland. In vielen Regionen außerhalb Deutschlands dient zum Beispiel ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche unserer Versorgung. Deutschlands ‚ökologischer Fußabdruck‘ ist damit deutlich größer, als ihm zusteht – wir leben von der Umwelt der anderen.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel

Unterschiede bei Verständnis und Definition einer „nachhaltigen Entwicklung“ mögen teilweise auf den Umstand zurückzuführen sein, dass sie sich auf unterschiedliche Welten bezieht, die bei der Konferenz durch Vertreter verschiedener Länder, Kontinente und Kulturen repräsentiert wurden.

Auf der einen Seite steht Deutschland beziehungsweise die industrialisierte Welt. Sie ist sehr viel umfassender als „der Norden“ und schließt auch „den Norden im Süden“ ein. Deutschland ist einer der Treiber der Globalisierung und trägt dazu bei, die Standards dafür zu bestimmen, was als Entwicklung gilt – bis in das letzte Dorf in den Entwicklungsländern. Auf's Ganze gesehen gehört es zu den Gewinnern der Globalisierung und der nicht-nachhaltigen Entwicklung in anderen Teilen der Welt, die mit ihr einhergeht.

Auf der anderen Seite befinden sich Länder wie Brasilien, Indonesien oder Kenia, die überwiegend unter der Globalisierung leiden, weil sie dem „europäisch-atlantischen“ Mo-

Foto: Peter Röhl / PIXELIO



dell folgen, das „die Weltvorstellung insgesamt kolonisiert hat“ (Sachs). Teils werden sie auf den gleichen Entwicklungspfad gezwungen, teils beschreiten sie ihn freiwillig. Mit internen Kolonien zum Beispiel holen sie die Verspätung in der kapitalistischen Industrialisierung auf. Auch hier gibt es eine Reihe von Gewinnern. Insgesamt betrachtet ist dies jedoch die Seite der Verlierer. Diese Länder und Menschen zahlen den höchsten Preis, was Nachhaltigkeit anbelangt.

Die Auswirkungen der Globalisierung auf Nachhaltigkeit – oder eher der fehlenden nachhaltigen Entwicklung – sind, bis zu einem gewissen Ausmaß, auf beiden Seiten ähnlich. Die Einförmigkeit in Landwirtschaft und Kultur, die Gefährdung von Beschäftigung und Einkommen, die Klimaveränderungen und die rasch wachsenden Ungleichheiten zwischen Ländern und innerhalb ihrer Grenzen, sowie Defizite bei zivilgesellschaftlicher Beteiligung und Demokratie sind Auswirkungen, die durch die gegenwärtigen Krisen noch weiter verstärkt werden. Deshalb

## Genügsamkeit, Glück ...

In ihrem Einführungsvortrag „Was ist der eigentliche Sinn des Lebens?“ griff Rebecca Tanui aus Kenia eine der Leitfragen der Konferenz auf, nämlich ob der „Norden“ vom „Süden“, in ihrem Fall also von Afrika, lernen könne.

„Was kann ich heute essen?“ kann sehr unterschiedliche Bedeutungen haben. In Deutschland kann sich die Frage auf die Schwierigkeit beziehen, sich zwischen einem überwältigenden Angebot zu entscheiden. In Kenia dagegen ist es oft die Frage, ob es überhaupt etwas zu essen gibt. Dennoch, so scheint es, gibt es im „armen“ Afrika mehr „Zufriedenheit“ als in Ländern mit all ihrem Reichtum und ihrer Macht.

Links: Ein Kaufhaus in Deutschland. Verschwen-  
derischer Konsum macht nicht glücklich.

Rechts: Ausgediente Waren des Nordens werden  
im Süden entsorgt: Elektroschrott in Ghana.

Foto: Vibek Raj Maurya



## ... und Solidarität

Ein Grund dafür kann in der afrikanischen Gesellschaft gefunden werden, wo die Kontinuität von Traditionen und Familienbanden, wo Gemeinschaft, Solidarität und die Wertschätzung der Natur erhalten geblieben sind. Die biologische Landwirtschaft kommt mit wenig Ressourcen aus und dient vorrangig dem Lebensunterhalt, nicht dem Profit. Werte werden durch mündliche Überlieferung von Generation zu Generation weiter gereicht.

Um diese Ausgangssituation weiter zu verbessern, muss für Entwicklung und Wachstum ein anderer Ansatz verfolgt werden: Seine Bestandteile sind zum Beispiel Investitionen in erneuerbare Energien und in Abfallmanagement, eine Kultur der Wiederverwendung und des Recycling, und eine Erforschung von Alternativen. ||

ist „nachhaltige Entwicklung sowohl für den Norden als auch für den Süden wichtig“. Die Situation ist jedoch in vielen wesentlichen Aspekten auch grundlegend verschieden. Rebecca Tanui aus Kenia veranschaulichte das mit der einfachen Frage: „Was habe ich zu essen?“. Die Antwort macht den Unterschied zwischen Hunger und Überfluss aus.

In wohlhabenden Ländern wie Deutschland besteht die Herausforderung in der Übernutzung von Ressourcen, der Überproduktion von Waren, der Gefährdung des Klimas, anderer Ökosysteme und der nachhaltigen Entwicklung in anderen Ländern durch verschwenderische Formen der Produktion und des Konsums. Und sie besteht in dem Gefühl, dass trotz Reichtum und Komfort Wohlbefinden und Glück fehlen. Im „Süden“ besteht die Herausforderung nicht nur im Verlust von

Ressourcen, sondern auch von Selbstbestimmung und Souveränität, ebenso wie im Verlust von Würde und Kulturen. Auf der Ebene von Gemeinschaften, Familien und Menschen bedeutet dies in vielen Fällen ganz konkret den Verlust der Existenzgrundlage und in seiner härtesten Konsequenz sogar den Verlust des Lebens. Es sind Themen wie die Landfrage, HIV-Aids, koloniale Erblasten oder die Überschuldung, die angegangen werden müssen als eine Voraussetzung, um sich überhaupt um Umwelt und Entwicklung kümmern zu können. Doch dafür ist es wiederum erforderlich, dass der Norden seiner Verantwortung und Verpflichtung sehr viel stärker nachkommt.

Es überrascht kaum, wenn solch unterschiedliche Erfahrungen, Nöte und Herausforderungen sich in unterschiedlichen Prioritäten, Strategien und Forderungen niederschlagen. Das Bild eines nachhaltigen Deutschland, so Charlene Hewat, sieht ganz anders aus als das eines nachhaltigen Simbabwe. Die Antwort auf die Frage von Wolfgang Sachs in seinem Einführungsbeitrag, ob Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung in nachhaltiger Weise bewältigen kann, unterscheidet sich sehr grundlegend davon, wie zum Beispiel eine Bäuerin in Afrika diese Herausforderungen angehen kann. Was ist wichtiger, Klimawandel oder Beschäftigung, Anpassungen bei Konsumgewohnheiten und Lebensstil oder die Produktion von Nahrungsmitteln, Niedrigenergie-Häuser oder überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben?

Auch wenn „Bilder“ von Nachhaltigkeit unterschiedlich sein mögen und Strategien, wie sie zu verwirklichen wären, verschieden und komplex sind, so ist doch eine grundlegende Herausforderung eindeutig: Deutschland und andere Triebkräfte der Globalisierung müssen ihre Beziehungen mit der übrigen Welt grundlegend ändern, um die Möglichkeit für Nachhaltigkeit in anderen Ländern zu schaffen. Mit anderen Worten: Nachhaltigkeit ist keine innere Angelegenheit: „Wir können nicht über ein zukunftsfähiges Deutschland sprechen, ohne über ein nachhaltiges Kenia zu reden.“ ||

## Gemeinsame Basis

*„Das neoliberale Paradigma, nach dem wirtschaftliche Liberalisierung, freier Handel und Privatisierung für alle Menschen Wachstum und Wohlstand bringen, hat offensichtlich versagt. Darum ist es höchste Zeit, das Wohlstandsmodell der Industriemoderne auf den Prüfstand zu stellen und neu zu erfinden. Ohne Ökologie ist im 21. Jahrhundert keine Gerechtigkeit mehr zu haben. Wie auch umgekehrt gilt, dass ohne soziale Gerechtigkeit die Antworten auf die ökologischen Herausforderungen zu kurz greifen.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel

Es gibt durchaus grundlegende Gemeinsamkeiten zwischen den Akteuren aus den verschiedenen Welten und gemeinsame Prinzipien für ihre Aktivitäten.

Dazu gehören die Diagnose einer „Wertekrise“, die zu den verschiedenen Krisen beiträgt, und die Suche nach Werten und Wegen, wie Nachhaltigkeit erreicht werden könnte. Diese basieren oft auf religiösen Gedanken, Überzeugungen und Lehren. Auf dieser Ebene ist es nicht allzu schwierig, sich darüber zu verständigen, was „der eigentliche Sinn des Lebens“ oder „ein verbesserter, nachhaltiger Lebensstil“ ist. Es besteht weitgehend Einigkeit, sich auf „Genügsamkeit“ (Suffizienz) und „Glück“ zu konzentrieren, im Gegensatz zum Streben nach Macht und Reichtum.

Im Unterschied dazu ist es durchaus umstritten, wie viel „genug“ ist oder ob Zufriedenheit in einem Gross Happiness Index ausgedrückt werden kann. Auf jeden Fall könne ein derartiger „Wertestreit“ als erster Schritt einer Transformation oder einer „kulturellen Revolution“ betrachtet werden, ähnlich wie die protestantische Revolution

im 16. Jahrhundert eine der Voraussetzungen für die industrielle Revolution war, wie Christoph Stückelberger bemerkte.

Ein weiterer übergreifender Konsens ist der Einsatz für Gerechtigkeit auf jeder Ebene, von der lokalen bis zur globalen. Die Dimensionen von Gerechtigkeit sind jedoch verschieden, wie Wolfgang Sachs aufzeigte: Die Verteilungsgerechtigkeit basiert auf einem Vergleich, einem „relativen Konzept mit einer verborgenen Agenda von Gleichheit“. Davon unterscheidet sich die Vorstellung von Recht als „absolute Gerechtigkeit“ mit einer „verborgenen Agenda von Würde“.

Im Mittelpunkt dieses Konsenses steht der rechtsbasierte Ansatz, der, ausgehend von der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, seit dem Zweiten Weltkrieg zunehmend anerkannt wird. Seither können nicht nur Staaten, sondern auch Individuen



Foto: Johanna Laible / EED

### Extraterritoriale Staatenpflichten

Zunehmend wird anerkannt, dass angesichts fehlender oder unzulänglicher globaler Regelungssysteme die einzelnen Regierungen die Verpflichtung haben, sich um die Wahrung der Rechte von Menschen in anderen Ländern zu kümmern. Das sollte auch einschließen, Verantwortung für die Aktivitäten multilateraler Institutionen, in denen die Staaten Mitglieder sind, oder für die Aktivitäten „ihrer“ transnationalen Unternehmen zu übernehmen. Diese Verantwortung kann in einer restriktiven Art und Weise („Do no harm“) ausgeübt werden, aber auch offensiv. Das kann schnell in eine „imperialistische Falle“ führen, wenn Interventionen legitimiert werden mit dem Anspruch, Rechte zu schützen. | |





## Bildung für nachhaltige Entwicklung

universell gültige Rechte beanspruchen, die tendenziell sogar höherrangig sein können als die Rechte von Staaten. Sachs sieht darin die Grundlage für die „verborgene Verfassung für eine Weltgesellschaft“. Dieser Rechtsanspruch sollte allerdings nicht nur Menschenrechte umfassen, sondern auch die Rechte der Natur und aller Lebewesen, oder das Recht zur Beteiligung an politischen Entscheidungen.

**Links: Konzentrierte Aufmerksamkeit:** Jacob Kotcho, Citizen's Association for the Defence of Collective Interests (ACDIC), Kamerun.

**Unten: Angeregte Diskussionen auch in den Pausen:** Avanthi N. Rao, Centre for World Solidarity (CWS), Indien, im Gespräch mit Martin Remppis, Brot für die Welt, und Ana de Ita, Center of Studies for a Change in Rural Mexico (CECCAM), Mexiko.



Foto: Johanna Laible / EED

Für einen grundlegenden Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung sind umfassende Bildungs- und Kommunikationsprozesse notwendig. Sie müssen alle Bildungsinstitutionen, NGOs und Medien, die neuen Medien eingeschlossen, umfassen. In diesem Brückenbildungsprozess zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft, zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und zwischen verschiedenen Lebenssituationen, Lebensstilen und Mentalitäten können Kirchen eine besondere Rolle spielen als Moderatoren, Vermittler und Förderer von Nachhaltigkeit.

Ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen Nord und Süd ist dabei nicht nur gegenseitig bereichernd, sondern wesentlich. Und um politischen, wirtschaftlichen und sozialen Widerstand gegen einen solchen Veränderungsprozess, der selbst höchst politisch ist, zu überwinden, ist die Glaubwürdigkeit seiner Vertreter durch das Vorbild eines nachhaltigen Lebensstils eine der wichtigsten Voraussetzungen für Erfolg.

Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Bildung



Foto: Johanna Laible / EED

**Rebecca Tanui, Building Eastern Africa Community Network (BEACON), Kenia, bei ihrem Vortrag. Im Hintergrund Thorsten Göbel, Brot für die Welt.**

Wichtig ist zudem ein breiter Konsens, der weit über die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Konferenz hinaus geht, dass eine radikale Wende notwendig ist, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Dafür ist eine grundlegende Transformation in vielen Bereichen wie Klimawandel und Klimagerechtigkeit, Erziehung und Bildung, Energiesicherheit, Ernährungssicherung und -sozialverträglichkeit, Außenhandel oder Arbeit beziehungsweise Beschäftigung erforderlich.

Um Veränderungen herbeizuführen, gibt es bereits ein breites Spektrum von Ansätzen im Bereich der Entwicklungsarbeit. Dazu gehören Bildungsarbeit und Bewusstseinsbildung, „Capacity building“, Advocacy- und Lobby-Arbeit, aktionsorientierte Forschung, die Organisierung von Gruppen und Ge-

meinschaften zu verschiedenen Anliegen und Forderungen, aber auch die Entwicklung und Umsetzung von alternativen Lebens- und Einkommensmöglichkeiten und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Die Frage ist jedoch, ob die Akteure, die diese Veränderungen herbeiführen wollen, selbst „radikal genug“ sind, wie Wilfried Steen, Vorstand für Entwicklungspolitik und -programme des EED innerhalb Deutschlands, fragte. Sind ihre Konzepte, Strategien und Aktivitäten geeignet, um den angestrebten Wechsel hin zu Nachhaltigkeit voranzubringen? Und welche Entwürfe oder Ansätze für grundlegende Alternativen gibt es, sowohl für den Norden als auch für den Süden? | |

# Reform des Kapitalismus?

Gigantischer Ausblick? Den Frankfurter Bankentürmen sieht man die Krise nicht an. Doch der Finanzkapitalismus ist weder stabil noch nachhaltig und bedarf der Reformen. In welche Richtung, darüber gehen die Meinungen auseinander.

*„Ein radikaler Kurswechsel ist notwendig. Dafür müssen zentrale Säulen und Glaubenssätze des herrschenden Entwicklungsmodells – ständiges Wirtschaftswachstum, der Vorrang des Marktes und fossiler Energieträger – in Frage gestellt werden. Für eine Welt, in der Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Konflikte zunehmen, muss ein neues Wohlstandsmodell entwickelt und umgesetzt werden.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel

Radikal bedeutet, an die Wurzeln zu gehen. Und viele werden durch die gegenwärtigen Krisen in der Überzeugung bestärkt, dass der Kapitalismus zumindest eine der wichtigsten Ursachen für nicht nachhaltige Entwicklungen in vielen Bereichen ist – von Klimawandel bis zur Plünderung von Ressourcen, von steigender Armut und Ernährungsunsicherheit bis hin zu zahlreichen Konflikten. Die Krisen haben das Wort „Kapitalismus“ wieder zu einem akzeptierten Begriff gemacht, der Politikern, Unternehmern und Aktivisten gleichermaßen leicht von der Zunge geht.

Ähnlich wie beim Begriff der Nachhaltigkeit gibt es offenbar verschiedene Auffassungen von „Kapitalismus“ beziehungsweise unterschiedliche Formen davon. Da gibt es den Neoliberalismus mit Deregulierung und dem „schlanken Staat“, zumindest was wirtschaftliche Aktivitäten und soziale Sicherheit betrifft. Da ist der Finanzkapitalismus, repräsentiert durch gierige Banker, Manager und Anteilseigner. Da ist die reale Ökonomie, die Waren und Beschäftigung schafft. Und da gibt es Varianten wie den Keynesianismus oder das deutsche Modell der „sozialen Marktwirtschaft“. Neben „akzeptableren“ Versionen von Kapitalismus, bei denen die Akteure auf „ausreichende Profite“, die Förderung sozialer Ziele und eine gleichmäßigere Wohlstandsverteilung verpflichtet werden können, stehen andere, weniger sympathische Formen wie der „gierige“ Finanzkapi-



Foto: chw / PIXELIO

talismus. Eng damit zusammen hängt die Frage, die auch von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) und Zivilgesellschaft sehr unterschiedlich gesehen und beantwortet wird: Wie kann der Kapitalismus oder „das kapitalistische System“ überhaupt geändert werden?

Viele sind überzeugt, dass Veränderungen durch Reformen möglich sind, durch eine Beteiligung in Institutionen, Kommissionen und Beratungen, durch Lobby- und Advocacyarbeit – und dass sie auch schnell genug erfolgen können, um ein weiteres Abgleiten in die Katastrophe zu verhindern. So plädierte zum Beispiel Professor Martin Jänicke von der Freien Universität Berlin dafür, „positive Trends“ hin zu einer grünen Ökonomie, die dem wirtschaftlichen und politischen System selbst innewohnen, zu verstärken. Sie könnten zum Beispiel durch Subventionen und politische Maßnahmen unterstützt sowie negative Nebenwirkungen beschnitten

werden. Damit hängt ein Verständnis vom Staat als einer Institution zusammen, die vermittelt und mehr oder minder neutral das Allgemeinwohl vertritt.

## | Abschied vom Wachstum?

Allerdings stellten Tilman Santarius und Wolfgang Sachs die Vorstellung in Frage, kontinuierliches Wirtschaftswachstum, bislang ein Grundpfeiler kapitalistischer Entwicklung, könne ein Ziel von Nachhaltigkeit sein, auf gleicher Ebene wie ihre beiden anderen Säulen, ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Denn Wachstum sei lediglich ein Mittel und kein Selbstzweck. Vielmehr sei angesichts des Klimawandels sogar ein moderates Wachstum keine überzeugende Strategie mehr, um Ziele wie Umweltverträglichkeit und soziale Gerechtigkeit beziehungsweise „Fairness“ zu erreichen. Was der Norden deshalb brauche, sei vielmehr „De-growth“, ein negatives Wachstum, eine Verkleinerung seines ökologischen Fußabdrucks, der bei weitem zu groß sei. Notwendig seien weniger Ressourcenverbrauch, eine „Entmaterialisierung“ von Produktionsprozessen und ein

Ende der Praxis, anderen Ländern die Ressourcen und die Märkte wegzunehmen. In einer radikalen Richtungsänderung müsse vielmehr gelernt werden, ohne ständiges Wachstum zu leben und zu regieren.

Negatives Wachstum im Norden bedeutet auch, Marktanteile im Süden aufzugeben. Dafür wäre zum Beispiel eine Verringerung von Produktion und Konsum erforderlich. Wachstum wäre nur noch zulässig in Bereichen, in denen die Nachhaltigkeit nicht gefährdet würde. Das würde eine Art von „Entglobalisierung“ einschließen, besonders für die Finanzmärkte und den Welthandel, die gegenwärtig weder fair noch gerecht sind. Entwicklung, so die Überzeugung, sei auch „ohne Handel möglich“, jedenfalls ohne dessen gegenwärtige weltumspannende Formen.

Zugegebenermaßen würde ein derartiges „De-growth“ viele Probleme schaffen. So galt Wachstum jahrzehntelang als einer der Stützpfeiler für soziale und politische Stabilität, indem es versprach, durch einen größeren Kuchen würden auch die einzelnen Teile größer und jeder würde dabei gewinnen. Doch wer wird freiwillig verzichten, wenn es kein Wachstum mehr gibt? Reichen Appelle zum Teilen und zu Selbstbeschränkung oder die Überzeugungskraft von alternativen Modellen von Wohlstand und Glück? Klar ist, dass eine soziale Strategie erforderlich ist, die durch ein starkes soziales Netz die Lebensrisiken einer solchen Transformation auffängt und so die Menschen für den Wandel gewinnt. Alternative Wohlstandsmodelle und andere Konzepte eines „guten Lebens“ müssen „attraktiv“ sein, um die Menschen zu überzeugen, die grundlegenden Veränderungen mit zu tragen. Dazu gehört eine völlige Umstrukturierung der Arbeitsteilung zwischen bezahlter Arbeit, Sorgearbeit und Tätigkeiten für die Gemeinschaft, die nicht nur eine Antwort auf das zunehmende Problem von Arbeitslosigkeit darstellt, sondern auch Perspektiven für ein sinnerfüllteres Leben und mehr Geschlechtergerechtigkeit eröffnen kann.

*„Für den Kapitalismus ist die Perspektive der Suffizienz schwierig. Sinkende Gütermengen sind nur schwer mit dem Streben nach einer ständig steigenden Wertschöpfung vereinbar. Doch nur wenn er es schafft, dieses Kunststück fertig zu bringen, kann der Kapitalismus sich eine Chance auf die Zukunft ausrechnen.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel

Andere sind hingegen weniger überzeugt, dass der Kapitalismus so reformiert werden kann, dass er Nachhaltigkeit auf breiter Front fördern würde. Aufgrund eingebauter Mechanismen wie Profitstreben, der Notwendigkeit ständigen Wachstums, Gier und Ausbeutung, die durch Reformen kaum beeinflusst werden, erscheint der Kapitalismus als unvereinbar mit Nachhaltigkeit. So wird bezweifelt, dass Exporte und ausländische Direktinvestitionen durch soziale oder ökologische Standards oder Zertifikate „nachhaltig“ gemacht werden können. Dementsprechend würden sich die notwendigen Veränderungen nicht durch vereinzelte Reformen, sondern nur durch einen grundlegenden strukturellen Wandel herbeiführen lassen.

Das berührt zahlreiche sensible Fragen wie das Privateigentum. Aktivisten aus dem Süden erfahren die kapitalistische Globalisierung als einen Prozess, durch den Ressourcen wie Land, Wasser, Wälder, Vielfalt, Wissen oder die Atmosphäre den Gemeinschaften, Bauern und anderen genommen werden. Daher ist es für sie unabdingbar, darüber nachzudenken, wie die Gemeinschaftsgüter verteidigt und die Privatisierung gestoppt werden können. Privateigentum dürfe nicht länger als ein „Recht“ betrachtet werden, sondern sollte als Verpflichtung oder sogar lediglich als „Privileg“ verstanden werden. Dies gilt nicht nur für den Süden: Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ erinnert an die Aussage im deutschen Grundgesetz, dass Eigentum verpflichtet und sein Gebrauch dem Allgemeinwohl zu dienen hat. Und daran, dass Eigentum als eine Verpflichtung nicht nur zu sozialem Verhalten, sondern gleichermaßen als eine Verantwortung gegenüber der natürlichen Umwelt ausgelegt und entsprechend beschränkt werden kann. | |



Foto: Brot für die Welt

„Auf kleinerem Fuße leben!“ lautet eine der Schlussfolgerungen aus der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, hier dargestellt in einer interaktiven Ausstellung.

# Krise als Chance

*„Natürlich gibt es gegen Kursänderungen Widerstände und Hindernisse, manche aus Gleichgültigkeit, manche aus Eigennutz, manche aus Hilflosigkeit und Unkenntnis. Einträchtig versuchen Lobbyvertreter, Modernisierungs-Gläubige und Politiker mit ihrem ‚weiter so‘ den dringend notwendigen Kurswechsel zu bremsen. Aber auch Gewohnheiten, Bedürfnisse, Erwartungen, Ansprüche und Freuden des Alltags blockieren den Wandel.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel

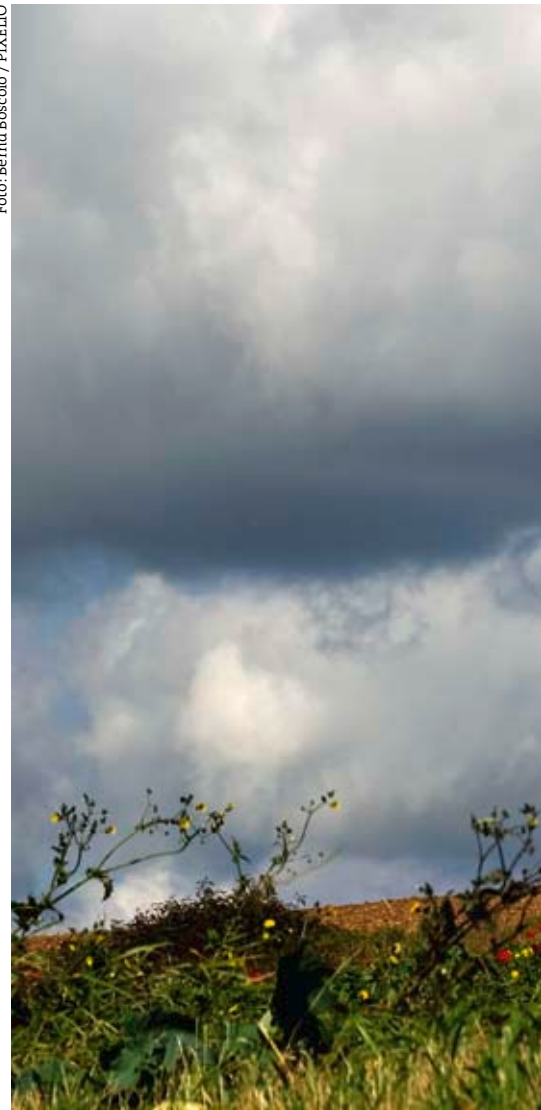
Ob es zu einer Transformation kommt, entscheidet sich letztendlich daran, wer die Macht hat, Entwicklungen zu bestimmen, notwendige Veränderungen zu verhindern, alternative Ansätze zu blockieren und Privilegien und Monopole zu verteidigen. Die „größten Gefahren für Nachhaltigkeit“, so

hieß es in der Diskussion, gehen „von Macht und Ökonomie“ aus. Das bezieht sich sowohl auf nationale Regierungen wie auch auf multinationale Unternehmen aus dem Norden, die oft mächtiger sind als einzelne Regierungen, sowie auf internationale Finanzinstitutionen, die durch Regierungen aus dem Norden dominiert werden. Diese politische und wirtschaftliche Macht ist oft eng verknüpft mit der Kontrolle über Wissen und Wissenschaft, Medien und Bildung, mit der Definitionsmacht darüber, wie viel genug ist und was als ein „sinnerfülltes Leben“ gilt. Ein Kurswechsel auf einen nachhaltigen Entwicklungsweg ist daher nicht leicht, weder im Norden noch im Süden.

Daher war eine der Leitfragen der Konferenz, ob die Vielfalt von Krisen, die der Globus gegenwärtig durchmacht, helfen kann, mächtige Hindernisse und Widerstände zu überwinden und einer nachhaltigen Entwicklung Auftrieb zu geben. Die Hoffnung ist verbreitet, dass die gegenwärtigen Krisen das notwendige Umdenken herbeiführen können, dass dringend etwas gegen Klimawandel und Ressourcenerschöpfung unternommen werden muss, und dass sie helfen können, Menschen und Mächte zu überzeugen, dass ein Kurswechsel unabdingbar ist. Ein Schlüsselwort für diese Hoffnungen ist „Green New Deal“: Als eine Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise sollen ökologisch verträglichere Wirtschaftsformen gefördert werden, die gleichzeitig die Klimakrise und die Ressourcenklemme zu lösen versprechen und die Aussicht eröffnen, auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren. Diese Aussichten und Versprechen machen das Konzept gleichermaßen faszinierend für Politiker, Umweltschützer und Ökonomen.

Erstens scheint ein „Green New Deal“ den Durchbruch für technologische Lösungen wie erneuerbare Energien und umweltfreundliche Veränderungen im Produktionssystem zu bringen, die gleichzeitig neue Exportperspektiven für Deutschland und andere technologisch entwickelte Länder eröffnen würden. Ein Beispiel scheint die „Erfolgsge-

Foto: Bernd Boscolo / PIXELIO



schichte“ des Gesetzes über erneuerbare Energien in Deutschland zu sein, durch das Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei der Ausweitung von Windkraft und Photovoltaik zusammenarbeiten, die großen Konzerne aus der Energiewirtschaft eingeschlossen. Ohne das kapitalistische System abzuschaffen, eröffnet es die Aussicht darauf, Umweltschutz und kräftiges Wirtschaftswachstum zu vereinbaren, indem es die Wirtschaft in einer „gut regulierten Transformation“ auf einen anderen Entwicklungspfad führt.

Für den Süden könnte die Krise die technologischen Möglichkeiten eröffnen, den direkten Sprung („leapfrogging“) ins Solarzeitalter zu schaffen, indem moderne nicht-fossile Energieträger gefördert, ein dezentralisiertes, lokal ausgerichtetes Energiesystem aufgebaut oder das öffentliche Transportsystem an Stelle von individualisierten Mobilitäts-

Foto: Johanna Laible / EED





## Tanker oder Segelschiff

Ein zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt? Die Frage geht an die Grundlagen unseres Zivilisationsmodells. Bildlich gesprochen: Aus einem Öltanker, einem Ungetüm aus Stahl, das von fossilen Brennstoffen angetrieben wird, schwer zu manövrieren ist und eine Gefahrenquelle für die Umwelt darstellt, muss ein moderner Hochleistungs-Segler werden, ein leichtes, wendiges Fahrzeug, angetrieben vom Wind, zwar mit geringerer Leistungskraft und Geschwindigkeit, aber ohne Dreck und Risiko. Beide erfüllen die Funktion, Menschen und Güter zu transportieren, doch der eine im Einklang mit der Natur, der andere als Natur verschlingender Moloch. | |

konzepten ausgebaut werden. „Macht nicht die gleichen Fehler wie die industrialisierten Länder“, warnte Tilman Santarius.

Zweitens hat das Konzept des „Green New Deal“ für viele Akteure den Reiz, dass Nachhaltigkeit und Transformation möglich erscheinen, ohne die Machtfrage stellen zu müssen: In ihren Augen eröffnet die Krise ein „window of opportunity“, weil Politik und Industrie sich entweder selbst auf eine „Grüne Wirtschaft“ zu bewegen, indem sie Umweltsteuern, erneuerbare Energien oder Kreislaufwirtschaft vorantreiben. Oder sie suchen verzweifelt den Rat von Zivilgesellschaft und NGOs, wie sie verhindern können, dass die Krisen in Zusammenbruch und „soziale Un-

**In Deutschland hat das Gesetz über Erneuerbare Energien neue Perspektiven eröffnet, Umweltschutz und qualitatives Wachstum zu verbinden. Aber Windräder reichen nicht, um den Klimawandel zu stoppen und eine „grüne Ökonomie“ voranzutreiben.**

ruhen“ münden. Deshalb plädierten bei der Konferenz viele dafür, dass sich NGOs in diesen Debatten engagieren, weil „unsere Themen gegenwärtig an der Spitze der globalen Tagesordnung stehen“, anstatt „an den radikalen Rändern zu verharren“.

Andere sahen die Krisen dagegen eher als eine Bedrohung. Ein erzwungenes „Degrowth“, das der Volkswirtschaft in einer Situation gesellschaftlicher Ungleichheit aufgezungen wird, bedeutet nach ihren Erfahrungen, dass die Lasten auf die Schwachen verschoben werden. Abfederungsmaßnahmen seien in den meisten Ländern des Südens schwer durchzusetzen. Die Krisen verschärfen zudem den Druck auf die Ressourcen. Und viele Probleme, die besonders im Süden existieren, würden auch in einer „Grünen Ökonomie“ fortbestehen. Die alten Monopole und „Dinosaurier“ im Energiesektor zum Beispiel treiben den Anbau von Agrarreibstoffen im Süden voran, wobei sie Strukturen monopolistischer Macht und Zentralisierung reproduzieren und der Süden genutzt wird, um den Norden grüner zu machen. Deshalb vertrauten eine Reihe von Teilnehmer und Teilnehmerinnen nicht dem Konzept eines „Grünen Kapitalismus“: Selbst wenn er in der Lage wäre, Emissionen und Ressourcenausbeutung zurückzufahren, die anderen Umweltkatastrophen zu verringern und gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum und damit Beschäftigung sicherzustellen, hieße das noch lange nicht, dass die Arbeit von Frauen anerkannt, die notwendigen sozialen Dienste ausgeweitet und der Kampf gegen Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Unterdrückung verstärkt würden. In ihren Augen bietet der „New Green Deal“ lediglich den Eindruck, als könne der Kapitalismus transformiert werden, ohne ihn abzuschaffen – und als könne die Zivilgesellschaft stark und einflussreich sein, ohne an seine Wurzeln gehen zu müssen. | |

## Rückgewinnung der politischen Räume

*„Das Übergewicht der Kapitalinteressen in der Meinungs- und Entscheidungsbildung muss zurückgedrängt, die Unabhängigkeit des Staates von der Industrie, sprich: von der Wirtschaftslobby, vergrößert und die jahrelange Demontage der staatlichen Autorität durch den Neoliberalismus beendet werden.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel

Für viele Partner aus dem Süden ist die Rolle des Staates, der gegenwärtig oft nicht gerade „eine Institution ist, die die Transformation vermittelt“, entscheidend. Denn in vielen Ländern bestehe eine tiefe Kluft zwischen Legalität und Legitimität politischer Maßnahmen, die, so Konferenzteilnehmer aus dem Süden, überbrückt werden müsse. Um den falschen Analysen über die Ursachen der Nachhaltigkeitskrisen und der Propaganda, die versucht, die selben Ursachen jetzt als Lösungen zu verkaufen, etwas entgegen zu setzen, sei es notwendig, politische Spielräume auf jeder Ebene zurückzugewinnen. Dies sei eine Voraussetzung, um Alternativen umsetzen zu können.

Ein wichtiger Aspekt dabei, der sich von der Situation im Norden unterscheidet, ist die Schaffung von politischen Handlungsräumen für die Regierungen des Südens. Gegenwärtig sind sie durch Überschuldung eingeschränkt oder die Spielräume wurden ihnen von der WTO und durch andere Freihandelsabkommen abgehandelt. Sie sind aber notwendig, zum Beispiel für eine Politik der Ernährungssicherung. Allgemein – und das gilt gleichermaßen für den Norden – ist es notwendig, das Primat der Politik wieder herzustellen und ein „neues Selbstbewusstsein“ zu entwickeln, das den Staat als den legitimen Vertreter des Allgemeinwohls in die Lage versetzt, die notwendigen Veränderungen herbeizuführen und die negativen Entwicklungen oder Einflüsse zu stoppen.

Zweitens ist es nach Auffassung zahlreicher Diskussionsteilnehmer und –teilnehmerinnen erforderlich, die politischen Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger auszuweiten und den Staat „neu zu denken“. Herkömmliche Konzepte reichten nicht mehr aus, nicht nur was Partizipation anbelangt. Notwendig seien unter anderem neue Institutionen und Regeln, zum Beispiel um die soziale und kulturelle Vielfalt auszudrücken, und die Anerkennung der Staatsbürgerschaft für jeden und jede. Die Schlüsselrolle von Demokratie und demokratischer Kontrolle „als eine Keimzelle für Wandel“ sei ganz offensichtlich. Doch um die Demokratie zu stärken, reiche es nicht aus, „Demokratisierung“ in der formellen Art und Weise, wie sie in westlichen Ländern mit der Betonung von Mehrparteiensystem und Wahlen verstanden wird, zu fordern. Denn sie ist anfällig

für Korruption und Missbrauch, wie beispielsweise aus Kamerun berichtet wurde. Vielmehr müssten eigene demokratische Formen entwickelt werden. Eine Vorgehensweise könne zum Beispiel sein, wie in Simbabwe eng mit lokalen Gemeinschaften zu arbeiten und so demokratische Strukturen von unten zu stärken.

Drittens sollte politische Macht „relokalisiert“ werden. Größere Handlungsspielräume auf der kommunalen Ebene würden es den Menschen ermöglichen, lokale Ökonomien aufzubauen, die sie selbst kontrollieren, die sich nicht an wachsendem Profit, sondern an ihren Bedürfnissen orientieren, und die nachhaltiger sein könnten. Gute Beispiele, Erfahrungen und alternative Ansätze, wie zum Beispiel die Ökolandwirtschaft, gebe es, doch gegen ihre Umsetzung bestünden starke Widerstände.



Foto: Johanna Laible / EED

**Veränderung braucht Engagement und internationale Solidarität. Fatima Shabodien (Women on Farms) und andere ausländische Gäste haben vor der Konferenz auch am McPlanet-Kongress 2009 in Berlin teilgenommen.**

Foto: Johanna Laible / EED



Viertens sollten die Ungleichgewichte, Hierarchien und Machtkonzentrationen in sozialen Beziehungen geändert werden, da sie sich in sozialer und politischer Macht in der Gesellschaft niederschlagen. Die Frauenbewegungen sagen, dass „das Private politisch ist“. Der enge Zusammenhang zwischen persönlichen und öffentlichen Wertorientierungen zeige

sich etwa an geschlechterspezifischer Gewalt. Die Krise wird deshalb vielfach auch als eine Folge von Patriarchat und der damit zusammenhängenden Wertorientierungen gesehen. Es ist aus dieser Sicht dringend notwendig, dass die Dialektik zwischen individuellen Werten und dem strukturellen Wandel, den die Menschen herbeisehnen, bewusst wird.

Unter dem Motto „Game over – Neustart!“ diskutierten bei dem McPlanet-Kongress 2009 mehr als 1700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die weltweiten Krisen und global gerechte Alternativen.

Doch die Rückgewinnung der politischen Räume ist eine gewaltige Herausforderung gegen viele Widerstände und ein Prozess mit deprimierenden Rückschlägen. In Brasilien zum Beispiel, wo so viele Menschen Hoffnungen auf Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva von der Arbeiterpartei gesetzt hatten, haben immer mehr inzwischen den Eindruck, dass er „kapituliert“ habe. Und die gegenwärtigen Krisen könnten auch den politischen Wandel weiter erschweren, weil es dringlicher erscheinen mag, beispielsweise den Klimawandel anzugehen als die Demokratie zu entwickeln. Doch um „die Menschen zu mobilisieren“ und den erforderlichen Kurswechsel herbeizuführen, sind politische und demokratische Freiräume notwendig. | |

## Die interaktive Ausstellung

ICH PACKE MEINEN KOFFER

Kurswechsel für ein Zukunftsfähiges Deutschland



Was brauchen wir für die Reise zu einem zukunftsfähigen Deutschland?

12 unterschiedlich gestaltete Koffer zeigen spielerisch den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung:

- mit Solarenergie experimentieren
- den ökologischen Fußabdruck ausrechnen
- dem Markt neue Regeln geben

Haben wir Ihre Neugier geweckt? Dann leihen Sie unsere Ausstellung aus. Es lohnt sich.

Ansprechpartner für Verleihanfragen:

Thomas Knödl, Telefon: 0711-2159-363, t.knoedl@brot-fuer-die-welt.de

[www.zukunftsfahiges-deutschland.de](http://www.zukunftsfahiges-deutschland.de)

Zukunft **fair** teilen



# Die Rolle der Zivilgesellschaft

*„Ohne ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement wird die Wende zu einem zukunftsfähigen Deutschland nicht stattfinden. Der Wandel verlangt von allen, stärker über ihren bisherigen Aktionsbereich hinaus zu schauen, Ideen und Handeln zu vernetzen und neue Kooperationsformen zu entwickeln.“*

aus: Wegmarken für einen Kurswechsel

Es besteht breite Übereinstimmung über die Dringlichkeit der Herausforderungen: über die Notwendigkeit, die gegenwärtigen Ansätze von Entwicklung, Empowerment und Bündnisbildung zu überdenken und weiter zu entwickeln; darüber, dass neue, innovative und inklusive Ansätze entwickelt, zukunftsweisende Visionen und eine deutliche Sprache entworfen werden müssen; und darüber, dass neue Formen von Solidarität und Zusammenarbeit erforderlich sind. All dies ist notwendig, um die Krise in eine Chance für Nachhaltigkeit umzumünzen. Denn von allein und ohne Druck wird das nicht geschehen. Eine weitere Leitfrage, die in der Diskussion wiederholt auftauchte, war daher auch, welchen Beitrag NGOs, zivilgesellschaftliche Organisationen und Kirchen in Nord und Süd leisten können. Wie können sie so gestärkt werden, dass sie den Wandel vorantreiben können? Wie „wird man stark“? Und wie kann den „Stimmen von unten“ Gehör verschafft werden? Wie können die Menschen in die Lage versetzt werden, politisch mehr Einfluss zu nehmen und von Opfern zu Akteuren werden?



Foto: D. Knoche

Natürlich gibt es im NGO-Bereich bereits ein ganzes Spektrum von Instrumenten, Aktivitäten und Prozessen, um Veränderungen voranzutreiben. Diese basieren auf Erfahrungen und auch auf Erfolgen. Die politische Bewusstseinsbildung steht dabei im Mittelpunkt. Für den EED, den BUND und „Brot für die Welt“ ist die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ein zentraler Beitrag zu einem Wandel in Richtung Nachhaltigkeit. Ein breites Spektrum von Bildungsmaterialien, Workshops, Trainingskursen und Seminaren trägt dazu bei, das politische Bewusstsein zu schärfen.

## | Alternativen

Die Suche nach Alternativen, die aussichtsreichere Perspektiven für Wandel und Nachhaltigkeit bieten als Globalisierung und „Green New Deal“, ist ein weiterer Bereich, in dem NGOs und Zivilgesellschaft ihre Stärken haben. Die „Rekonstruktion des Konzepts von Entwicklung“ ist dringend notwendig. Es muss sowohl Armut als auch Umwelt einschließen und zwar ohne das eine gegen das

**Beim diesjährigen Weltsozialforum in Belém trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter von Zivilgesellschaften aus aller Welt. Die Suche nach Alternativen, die aussichtsreiche Perspektiven für Wandel und Nachhaltigkeit bieten, ist ein Bereich, in dem NGOs und Zivilgesellschaft ihre Stärken haben.**

andere auszuspielen. Dazu gehört auch die Neubestimmung von Prioritäten – Wohnungen statt Autos, Ökolandwirtschaft und Ernährungssouveränität an Stelle prestigeträchtiger Großprojekte. Zwar gibt es dafür keine vorgefertigten Muster, doch eine breite Palette von Vorschlägen, von denen sich viele als machbar erwiesen haben. In vielen Ländern, beispielsweise in Afrika, und in indigenen Gemeinschaften gibt es einen Reichtum an Traditionen von Gemeinwesenentwicklung, breites Wissen und zahlreiche Modelle sozialer Organisation, die sehr wohl Antworten bieten können.



In Peru gab es bei Kämpfen indigener Gruppen für den Schutz ihres Lebensraums im Sommer 2009 zahlreiche Tote. Die Fotos zeigen eine geborstene Öl-Pipeline im Regenwald und eine Pressekonferenz der „Indigenous Association for the Development of the Peruvian Rainforest“.



Foto: Ben Powless

Während es einerseits zahlreiche Erfahrungen und Mechanismen gibt, wie Zivilgesellschaft und NGOs zum Wandel beitragen, muss andererseits auch die Frage ihrer Grenzen und Schwächen diskutiert und reflektiert werden. Obwohl diese Beschränkungen jedem schmerzlich bewusst sind, muss mehr darüber nachgedacht werden, wie sie überwunden werden können.

**| Beschränkungen überwinden**

Es gibt viele Ursachen dafür, dass der Einfluss von NGOs und Zivilgesellschaft trotz vielseitiger Aktivitäten und zahlreicher Aktionsbereiche begrenzt bleibt: die Vielfalt von Organisationen, die Vereinzelung von Aktivitäten, die Überlastungen mit Aufgaben, weil sich der Staat aus wirtschaftlichen und sozialen Bereichen zurückgezogen und die Verantwortung zunehmend NGOs überlassen hat. Gleichmaßen bestehen politische und ideologische Gräben und begrenzte Fähigkeiten, Massen als ein Gegengewicht und ein Druckmittel gegenüber politischer und wirtschaftlicher Macht zu mobilisieren, insbesondere in den Industrieländern. Zivilgesellschaft und die NGOs dürften nicht mit immer neuen Aufgaben und Zielen überlastet werden. Es wäre daher besser, dass sie sich stärker auf das konzentrieren, was sie am besten können. Die Überlegungen müssen intensiviert werden, wie die Anstrengungen der Zivilgesellschaft, der Bürger und politischer Bewegungen insgesamt wirksamer werden können. Erfolgreiche Bewegungen wie die feministischen Anstöße über die Bedeutung von reproduktiver Arbeit oder von patriarchaler Gewalt, die nach wie vor ein zentrales Problem in vielen Ländern wie etwa Südafrika ist, können dabei Anregungen liefern.

Eine Möglichkeit für Entwicklungs- und Umwelt-NGOs, diese Beschränkungen zu überwinden, ist die Suche nach neuen Bündnissen. Die Krise ist auch eine Chance, neue Alliierte zu suchen, was in der Vergangenheit oft vernachlässigt wurde. Teils begnügte man sich mit einer Art „splendid isolation“, teils wurde die engere Zusammenarbeit mit dem Staat, mit Institutionen und Unternehmen bevorzugt, was gelegentlich zu Kooptierung führte. Viele soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Arbeiter- und Bauernorganisatio-

nen sind in einer ähnlichen Situation und haben ähnliche Probleme, Antworten auf die Krise zu finden. Auch sie stehen vor der Herausforderung, sich gegen die negativen Auswirkungen der Krise zu wehren und die Chancen für eine Transformation wahrzunehmen. Trotzdem wird diese Diskussion nur zögerlich geführt, und zwar von beiden Seiten.

Zweifelsohne ist dies ein schwieriger Weg, weil die „alten“ sozialen Bewegungen wie die Arbeiter- oder die Frauenbewegung ebenfalls alte Gewissheiten verloren haben oder sich auflösen. Doch während in vielen Ländern im Süden bereits „neue“ soziale Bewegungen wie die Bewegung der Landlosen (MST) in Brasilien oder Adivasi-Organisationen in Indien entstehen oder existieren und die Zusammenarbeit zwischen ihnen und den NGOs voranschreitet, besteht eine Herausforderung darin, derartige soziale Bewegungen im Norden aufzubauen. Dazu können Organisationen wie der EED und „Brot für die Welt“ einen Beitrag leisten, indem sie das politische Bewusstsein innerhalb der Kirchen und darüber hinaus schärfen und „als Kirchen“ wirtschaftliche Alternativen formulieren, die sich nicht nur auf den Süden, sondern auch auf den Norden richten.



Foto: Ben Powless

Eine solche Verbreiterung von Bündnissen und Solidarität zwischen Nord und Süd, zwischen Süd und Süd und innerhalb einzelner Länder und in verschiedenen Aktionsbereichen (Umwelt, Frauen, Beschäftigung, Lobbyarbeit, handlungsorientierte Forschung) ist wichtig, um die Beschränkungen von NGOs und einer zersplitterten Zivilgesellschaft zu überwinden und die politisch und wirtschaftlich Mächtigen wirksamer in die Pflicht zu nehmen. Dazu kommt, dass einige dieser potenziellen Bündnispartner eine Reihe von radikaleren Ideen und Aktionsformen anbieten können, die notwendig sind, um die erforderlichen an die Wurzel gehenden Veränderungen herbeizuführen. | |



Foto: Ben Powless

## Nachhaltiger „Süden“ – das Beispiel Brasilien

Foto: D. Knochte



Das lateinamerikanische Land Brasilien ist in vieler Hinsicht ein Beispiel für andere Regionen des Südens: Einerseits ist es eine aufstrebende Wirtschaftsmacht, eine regionale Macht und ein wichtiger Akteur nicht nur in Süd-Süd-Beziehungen, sondern auch auf globaler Ebene, etwa in der Welthandelsorganisation WTO oder der G-20, der Gruppe aus Industrie- und Schwellenländern. Auf der anderen Seite hat es nach wie vor mit Unterentwicklung, Ungerechtigkeit und Machtpolitik zu kämpfen. Um ein „nachhaltiges und demokratisches Brasilien“ zu schaffen, nannte Fatima Mello (FASE, Brasilien) eine Reihe von Faktoren, die ganz oben auf der Tagesordnung stehen sollten und auch für andere Länder Gültigkeit haben können.

Ihr erster Punkt bezog sich auf das, was Wolfgang Sachs als die Dominanz der „Euroatlantischen Welt“ bezeichnete. Viele Länder und Menschen haben mit der Illusion gelebt, dass die Integration in den Weltmarkt zu Entwicklung führen würde. Doch mit der schweren Umweltkrise, andauernden oder sogar zunehmenden Konflikten, sozialen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten wird klar, dass diese Versprechungen für Länder wie Brasilien nicht zutreffen. So habe der Außenhandel die Ungleichheit im Land vergrößert, zum Beispiel zwischen Exporteuren und Kleinbauern

### | Demokratische Nachhaltigkeit

Ein zweiter Aspekt ist, dass die Entscheidungen „darüber, was wir erzeugen, für wen wir produzieren, und die Zielrichtung der Produktion politische Entscheidungen sind“. Daraus folgt für Mello, dass Nachhaltigkeit, Demokratie und die Stärkung von „citizenship“ Hand in Hand gehen müssen, da sie

Flussbewohner Amazoniens. Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten der Vielfalt und der Komplexität gehen. Das gilt für die Ökosysteme ebenso wie für die Lebensformen der Menschen.

von einander abhängig sind und Nachhaltigkeit nicht ohne politische Stärkung erreicht werden kann.

Drittens müsse eine zentrale Säule des Verständnisses von demokratischer Nachhaltigkeit die Vielfalt sein. Während die Marktlogik soziale Identitäten vereinheitlicht hat, müsse die Vielfalt der verschiedenen Formen sozialer Organisation – wie der Gemeinschaften von Fischern, Bauern, städtischen und ländlichen Bevölkerungsgruppen oder Frauen – gefördert und über eine damit einhergehende Vielfalt kultureller und politischer Formen nachgedacht werden. Nachhaltigkeit dürfe nicht auf Kosten der Vielfalt und der Komplexität von Ökosystemen und sozialen Organisationen gehen.

### | Die eigene Geschichte und Zukunft schaffen

Im Kampf um ihre „citizenship“ schaffen diese unterschiedlichen sozialen Akteure sich „ihre eigene Geschichte, ihre eigenen Projekte und ihre eigene Zukunft“. Darin müssten sie gestärkt werden, weil sie die Protagonisten sozialer und ökologischer Kämpfe sind, die zum Beispiel auf die Demokratisierung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen abzielen. Damit seien sie die Triebkräfte für Veränderungen und die Durchsetzung von Alternativen.

Ein weiterer Aspekt ist das Verständnis von Menschenrechten. Während Wolfgang Sachs sie als eine Frage der „absoluten Gerechtigkeit“ definierte, ist nach Auffassung von Fatima Mello in einem Land wie Brasilien, wo die Ungleichheiten so tief sind, die „Verteilungsgerechtigkeit“ entscheidend, wenn man über Menschenrechte spricht.

Schlusswort

Einen Konferenz-Bericht zu schreiben, der nicht nur ein Stichwortprotokoll oder eine mehr oder minder detaillierte Transkription der Präsentationen und Diskussionen ist, ist keine leichte Aufgabe, besonders bei einer Veranstaltung, bei der so viele der Teilnehmenden mit solch breitem Wissen so viele Themen, Ideen, Vorschläge und Erfahrungen behandelt haben.

Deshalb kann dieser Bericht lediglich die wichtigsten Fragestellungen, die roten Fäden und einige Kontroversen und Auseinandersetzungen wiedergeben. Im Folgenden möchte ich mich daher bei all jenen entschuldigen, die sich möglicherweise nicht angemessen in diesem Bericht wiederfinden, ebenso für eventuelle Missverständnisse oder falsche Interpretationen, die eingeflossen sein mögen. Gleichzeitig möchte ich mich bei allen Beteiligten für die anregenden Beiträge und Ideen bedanken, die die Aufgabe für mich so interessant gemacht haben.

**Uwe Hoering**



**Uwe Hoering** ist Journalist, zahlreiche Veröffentlichungen zu Themen der internationalen Entwicklungspolitik, Umwelt und soziale Bewegungen. [www.globe-spotting.de](http://www.globe-spotting.de)

Foto: D. Knoche



Foto: D. Knoche



**Oben und links: Menschen in Brasilien. Die Ungleichheit ist groß in diesem Land. Die Integration in den Weltmarkt hat nicht zu Entwicklung geführt, sondern die soziale Kluft noch vergrößert.**

Schließlich müssen, so Mello, die einzelnen Schritte des Veränderungsprozesses gemeinsam mit konkreten Akteuren in ihren historisch spezifischen Situationen entwickelt werden. Dafür müssten politische Analyse, akademische Forschung und soziale Bewegungen zusammenkommen und versuchen, Lösungen zu finden und konkrete Projekte zu entwickeln. ||

Fotos: Johanna Laible / EED



# Conference Programme

## Monday, April 27

- 14.00 Opening and Welcome  
Ulrich Gundert, Brot für die Welt
  
- Presentation of the programme  
Claudia Warning, EED
  
- Can Germany address challenges of globalisation in a sustainable way?**  
Keynote Speech  
Wolfgang Sachs, Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy
  
- 16.30 Comments  
Ricardo Navarro, Friends of the Earth International  
Fatima Mello, Federation of Organisations for Social and Educational Assistance (FASE)  
Fatima Shabodien, Women on Farms Project (WFP)  
Facilitator: Claudia Warning, EED
  
- 20.00 World Café – Brief presentation of own sustainable activities, ideas, flash-lights  
Facilitator: Richard Brand, EED

## Tuesday, April 28

- 9.00 **An improved lasting lifestyle – What is the intrinsic meaning of life?**  
Keynote Speech  
Rebecca Tanui, Building Eastern Africa Community Network (BEACON)  
Facilitator: Thorsten Göbel, Brot für die Welt
  
- Economic activity beyond economic growth – Are the poor paying the price?
  
- Panel Discussion  
Chee Yoke Ling, Third World Network  
Candido Grzybowski, Brazilian Institute of Social and Economic Analyses (IBASE)  
Jürgen Maier, German NGO Forum on Environment and Development  
Facilitator: Nicola Liebert, Journalist
  
- 14.00 Working Groups
  
- Climate Change / Climate Justice  
Inputs  
Chee Yoke Ling, Third World Network  
Jörg Haas, European Climate Foundation  
Facilitator: Stefan Cramer, Brot für die Welt
  
- Education for sustainable development  
Inputs  
Kambiz Ghawami, World University Service (WUS)  
David Aprasidze, Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development  
Facilitator: Klaus Seitz, Brot für die Welt
  
- Energy Security  
Inputs  
Fabby Tumiwa, Institute for Essential Services Reform (IESR)  
Jürgen Maier, German NGO Forum on Environment and Development  
Facilitator: Wolfgang Heinrich, EED

Food security / Food sovereignty  
 Inputs  
 Jobst Kraus, Evangelical Academy  
 Bad Boll  
 Irmi Salzer, Via Campesina Austria  
 Facilitator: Bernhard Walter, Brot für  
 die Welt

Trade  
 Inputs  
 Jacob Kotcho, Citizen's Association  
 for the Defence of Collective Interests  
 (ACDIC)  
 Iara Pietricovsky de Oliveira, Institute  
 for Socioeconomic Studies (INESC)  
 Fatima Mello, Federation of Organi-  
 sations for Social and Educational  
 Assistance (FASE)  
 Tilman Santarius, Wuppertal Insti-  
 tute for Climate, Environment and  
 Energy  
 Facilitator: Michael Frein, EED

Labour / Employment  
 Inputs  
 May Wong, Globalization Monitor  
 Roland Klose, Diakonisches Werk der  
 EKD  
 Facilitator: Richard Brand, EED

17.15 Plenary  
 Presentation of working group results  
 Facilitator: Thorsten Göbel, Brot für  
 die Welt

19.30 Public event  
**Sustainable Development worldwide  
 – Expectations, opinions and ideas of  
 civil society actors**  
 Panel discussion  
 Iara Pietricovsky de Oliveira, Institute  
 for Socioeconomic Studies (INESC)  
 Charlene Hewat, Environment Africa  
 Joji Carino, Tebtebba Foundation  
 Tilman Santarius, Wuppertal Insti-  
 tute for Climate, Environment and  
 Energy  
 Facilitator: Nicola Liebert, Journalist

**Wednesday, April 29**

9.00 **Strategies to achieve sustainability –  
 How could it work?**  
 Keynote speech  
 Martin Jänicke, Environmental Policy  
 Research Centre, Free University  
 Berlin

10.30 Comments  
 Antje von Broock, Friends of the  
 Earth Germany (BUND)  
 Christoph Stückelberger, Globethics  
 Joji Carino, Tebtebba Foundation  
 Manfred Konukiewitz, Federal Minis-  
 try for Economic Co-operation and  
 Development

**Plenary discussion**

Observations and lessons to learn  
 Uwe Hoering, Journalist  
 Facilitator: Jürgen Reichel, EED

12.50 Farewell and blessing  
 Wilfried Steen, EED



## Participants / Teilnehmer

David Aprasidze, Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development (CIPCDD), Georgia

Wolfgang Beer, Evangelische Akademien in Deutschland, Germany

Vivi Bentin, Interpreter, Germany

Brigitte Binder, EED, Germany

Eva Bitterlich, EED, Germany

Ilonka Boltze, EED, Germany

Richard Brand, EED, Germany

Rudolf Buntzel, EED, Germany

Sara Campos Arnoldi, Interpreter, Germany

Joji Carino, Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education (Tebtebba), United Kingdom

Yoke Ling Chee, Third World Network (TWN), Malaysia

Stefan Cramer, Brot für die Welt, Germany

Satyajit Das, Church's Auxiliary for Social Action (CASA), India

Ana de Ita, Center of Studies for a Change in Rural Mexico (CECCAM), Mexico

Karin Döhne, EED, Germany

Idrissa Embalo, National Institute of Studies and Investigation (INEP), Guinea-Bissau

Udo Fickert, Kindernothilfe, Germany

Michael Frein, EED, Germany

Peter Fuchs, WEED, Germany

Naira Gelashvili, Center for Cultural Relations Caucasian House (CCRCH), Georgia

Kambiz Ghawami, World University Service (WUS), Germany

Thorsten Göbel, Brot für die Welt, Germany

Christiane Grefe, Journalist, Germany

Cândido Grzbowski, Brazilian Institute of Social and Economic Analyses (IBASE), Brasilien

Ulrich Gundert, Brot für die Welt, Germany

Jörg Haas, European Climate Foundation, Germany

Wolfgang Heinrich, EED, Germany

Charlene Hewat, Environment Africa, Simbabwe

Uwe Hoering, Journalist, Germany

Monika Huber, EED, Germany

Sabine Hupp, EED, Germany

Martin Jänicke, Free University Berlin, Germany

Sašo Klekovski, Macedonian Center for International Cooperation (MCIC), Macedonia

Roland, Klose, Diakonisches Werk der EKD, Germany

Heiner Knauss, EED, Germany

Manfred Konukiewitz, Federal Ministry for Economic Cooperation and Development (BMZ), Germany

Jacob Kotcho, Citizen's Association for the Defence of Collective Interests (AC-DIC), Cameroon

Jobst Kraus, Evangelische Akademie Bad Boll, Germany

Tim Kuschnerus, EED, Germany

Johannes Küstner, Brot für die Welt, Germany

Johanna Laible, EED, Germany

Peter Lanzet, EED, Germany

Nicola Liebert, Journalist, Germany

Bernd Ludermann, welt-sichten, Germany

Jürgen Maier, German NGO Forum on Environment and Development, Germany

Francisco Mari, EED, Germany

Erika Märke, EED, Germany

Petra Meinhardt, Brot für die Welt, Germany

Fatima Mello, Federation of Social and Educational Assistance Organisations (FASE), Brazil

Klaus Milke, Germanwatch, Germany

Rama Mohan, Centre for World Solidarity (CWS), India

Avanthi N. Rao, Centre for World Solidarity (CWS), India

Ricardo Navarro, Friends of the Earth International (FOEI), El Salvador

Fon Nsoh, Community Initiative for Sustainable Development (COMINSUD), Cameroon

Iara Pietrikowski de Oliveira, Institute for Social and Economic Studies (INESC), Brazil

Henning Reetz, Brot für die Welt, Germany

Jürgen Reichel, EED, Germany

Martin Remppis, Brot für die Welt, Germany

Regine Richter, Urgewald, Germany

Sebastian Rötters, FoodFirst Information and Action Network (FIAN), Germany

Wolfgang Sachs, Wuppertal Institut for Climate, Environment and Energy, Germany

Irmi Salzer, Via Campesina (ÖBV), Austria

Tilman Santarius, Wuppertal Institut for Climate, Environment and Energy, Germany

Gerlind Schneider, EED, Germany

Wolfgang Seiss, EED, Germany

Klaus Seitz, Brot für die Welt, Germany

Fatima Shabodien, Women on Farms Project (WFP), South Africa

Wilfried Steen, EED, Germany

Christoph Stückelberger, Globethics, Switzerland

Rebecca Tanui, Building Eastern Africa Community Network (BEACON), Kenya

Rainer Tigges, EED, Germany

Fabby Tumiwa, Institute for Essential Services Reform (IESR), Indonesia

Stefan Tuschen, EED, Germany

Antje von Broock, Friends of the Earth Germany (BUND), Germany

Jean Marc von der Weid, Assessment and Services to Projects of Alternative Agriculture (AS-PTA), Brazil

Arndt von Massenbach, INKOTA-Netzwerk e.V., Germany

Bernhard Walter, Brot für die Welt, Germany

Claudia Warning, EED, Germany

May Wong, Globalisation Monitor (GM), China



Die Krisen der Umwelt und der Entwicklung sind eng miteinander verschränkt. Es sind vor allem die Armen in den Ländern des Südens, die unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Der Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen, der vom Wachstumsmodell der Industrieländer ausgeht, ist auch Ausdruck des Mangels an internationaler Gerechtigkeit. „Brot für die Welt“ setzt sich daher für einen Kurswechsel in Richtung auf eine zukunftsfähige und gerechte Entwicklung ein – bei uns wie in den Entwicklungsländern.

„Brot für die Welt“ ist die Spendenaktion der evangelischen Landes- und Freikirchen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Sie wurde 1959 gegründet. Den Benachteiligten und sozial Ausgegrenzten ein Leben in Würde zu ermöglichen, ist das Grundanliegen von „Brot für die Welt“. In mehr als tausend Projekten jährlich leistet „Brot für die Welt“ gemeinsam mit einheimischen Kirchen und Partnerorganisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa Hilfe zur Selbsthilfe.

Darüber hinaus will „Brot für die Welt“ mit seiner Öffentlichkeitsarbeit auf Missstände in der Welt aufmerksam machen. Das geschieht nicht mit dem erhobenen Zeigefinger. Den Menschen in Deutschland wird Mut gemacht, sich durch Aktionen in ihren Gemeinden und durch politisches Engagement für eine gerechtere Welt einzusetzen und Schritte auf dem Weg zu einer ressourcenleichten und global verträglichen Lebensweise zu gehen.

Mehr über „Brot für die Welt“:  
[www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de) | |

Wie kann eine zukunftsfähige Politik aussehen, die naturverträglich ist? Eine Politik, die Kindern und den Kindern dieser Kinder ebenso eine sichere Existenz ermöglicht wie den Menschen auf der Südhalbkugel? Der BUND meint: Das gelingt nicht mit einer Politik, die stur auf „immer mehr und immer schneller“ setzt: immer mehr Ressourcen verbrauchen, immer mehr Natur mit Beton überziehen, immer schneller Scheinlösungen produzieren statt Zusammenhänge zu sehen. Verkehrspolitik zum Beispiel muss Mobilitäts- und Raumordnungspolitik sein, denn immer mehr Autos auf den Straßen bringen uns nicht voran, sondern in Atemnot und Stress. Immer mehr Einkaufszentren auf der grünen Wiese ziehen auch mehr Autoverkehr nach sich.

Der BUND setzt sich seit über dreißig Jahren für den Natur- und Umweltschutz ein. Er ist mit über 470.000 Mitgliedern und Unterstützerinnen und Unterstützern der größte deutsche Umweltverband. In 16 Landesverbänden und rund 2.000 Gruppen setzen sich BUND-Mitglieder dafür ein, dass die Natur und die Vielfalt der Arten erhalten bleiben.

Der BUND ist auch international aktiv: damit unser Klima nicht zur Katastrophe wird und für einen fairen Ausgleich zwischen Nord und Süd. Er ist Mitglied von Friends of the Earth, der weltweit größten Förderung unabhängiger Umweltverbände. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die der BUND 1996 gemeinsam mit Misereor veröffentlichte, hat die Nachhaltigkeitsdiskussion in Deutschland entscheidend mit geprägt.

Mehr über den BUND: [www.bund.net](http://www.bund.net) | |

Als Entwicklungswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland fördert der Evangelische Entwicklungsdienst e.V. (EED) jährlich rund 300 Projekte mit einem Volumen von über 100 Millionen Euro. Er unterstützt Partnerorganisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa darin, Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden. Darüber hinaus vermittelt er Fachkräfte an Projektpartner in Übersee und vergibt Stipendien an Studierende aus Partnerländern.

In Deutschland unterstützt der EED die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von 500 Organisationen, darunter Kirchengemeinden, kirchliche Gruppen, Aktionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen durch Zuschüsse zu Seminaren und Studienreisen, zu Kampagnen und Informationsmaterial.

Mit seiner Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit trägt der EED, zusammen mit seinen Partnern, entwicklungspolitische Anliegen in Kirche und Gesellschaft in Deutschland und Europa. Dabei geht es ihm darum, die Diskussionen und politischen Entscheidungen im Sinne globaler Gerechtigkeit und einer zukunftsfähigen Entwicklung zu beeinflussen.

Die Partner des EED in Nord und Süd sind Kirchen, christliche Organisationen und nichtstaatliche Organisationen, die mit ihrer Arbeit die gleichen Ziele und Leitbilder wie der EED verfolgen: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Der EED beteiligt sich an einem Prozess, in dem konkrete Entwicklungsperspektiven für Süd und Nord immer wieder neu formuliert werden.

Mehr über den EED: [www.eed.de](http://www.eed.de) | |

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 10-2009 von welt-sichten.

**Konzept und Redaktion:**

Richard Brand, Michael Frein, Thorsten Göbel, Jürgen Reichel und Klaus Seitz;  
Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)  
Text: Uwe Hoering

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

**Verantwortlich i.S.d.P.:**

Jürgen Reichel (EED)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“

Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
www.welt-sichten.org

## Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Machen Sie mit und mischen Sie sich ein – in die Diskussion und in das Handeln, damit der notwendige Kurswechsel gelingt!

Diese Arbeitshilfe zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ möchte Sie dabei unterstützen, die Diskussion zu einzelnen Themenfeldern in Kirchengemeinden, Gesprächskreisen und auf Bildungsveranstaltungen zu vertiefen.

Sie gibt Anregungen, wie ein Umsteuern – im privaten Bereich, in der Kirchengemeinde, in der Politik – erfolgreich gestaltet werden kann.

### Inhalt der **Mappe**

- Einführung in die Studie und in die Arbeitshilfe
- Wegmarken für einen Kurswechsel
- Gottesdienst – auf dem Weg in die Zukunft
- Klimawandel
- Agrotreibstoff
- Fischereiwirtschaft
- Welthandel
- Tourismus
- Maß halten
- Gottesdienst – an der Wegstation

[www.zukunftsfahiges-deutschland.de](http://www.zukunftsfahiges-deutschland.de)

Sie können diese Arbeitshilfe (Art.Nr.: 117 110 050) bestellen bei:

**Brot  
für die Welt**  
Den Armen Gerechtigkeit

**Brot für die Welt**  
Zentraler Vertrieb des DWEKD  
Karlsruher Str. 11  
70771 Leinfelden-Echterdingen  
Tel. 0711 - 2159-777  
Fax 0711 - 7977502  
vertrieb@diakonie.de  
www.brot-fuer-die-welt.de

**eed**  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst

**Evangelischer Entwicklungsdienst e. V.**  
Öffentlichkeitsreferat  
Ulrich-von-Hassell-Str. 76  
53123 Bonn  
Tel. 0228 - 8101- 0  
Fax 0228 - 8101-160  
vertrieb@eed.de  
www.eed.de

